

Neue Nachdenklichkeit

Privatisierung hält selten, was sie verspricht / Bürger immer skeptischer

Von Eske Hicken

Vorbei die Zeiten, als der Verkauf öffentlicher Unternehmen als Allheilmittel für leere Staatskassen galt: Viele Kommunen denken inzwischen über den Rückkauf ihrer privatisierten Betriebe nach. Der Landkreis Lüneburg etwa hat zum Anfang des Jahres wieder die Müllentsorgung übernommen. Durch die Zusammenarbeit mit der städtischen Müllabfuhr konnte der Kreis das günstigste Angebot machen. Die Stadt Potsdam kaufte ihre Wasserwerke vom Anbieter Eurawasser zurück, nachdem die Preise immer weiter gestiegen waren. „Man hat sich von dem scheinbar günstigen Angebot blenden lassen“, sagt der Geschäftsführer der Stadtwerke, Peter Paffhausen. „Bei privaten Unternehmen steht die Gewinnmaximierung im Vordergrund, bei Kommunen die Daseinsfürsorge, das widerspricht sich“, sagt er.

Statt zu privatisieren gibt es immer öfter Überlegungen, öffentliche Unternehmen nicht zu verkaufen, sondern selbst auf Effizienz zu trimmen – wie es der Deutsche Beamtenbund fordert: „Das was wir anbieten, soll kostengünstig sein“, sagt der Chef des Beamtenbundes Peter Heesen. Auch bei

den Bürgern wächst das Misstrauen, wie eine aktuelle Forsa-Umfrage belegt. Im Juni 2007 wollten noch 24 Prozent der Befragten weitere öffentliche Dienstleistungen privatisieren, zum Jahreswechsel waren es nur noch 16 Prozent. Gleichzeitig wuchs die Gruppe, die Verkäufe rückgängig machen will: von 19 auf 28 Prozent.

Belastungen für die Haushalte

In den 90er Jahren lief in Deutschland die große Privatisierungswelle an. Die in Finanznot geratenen Städte verkauften Wohnungen, Krankenhäuser, Stadtwerke oder Entsorgungsbetriebe – auch im verführerischen Glauben, bei einer Privatisierung würden alle gewinnen: Kommunen, Unternehmen und Bürger. Seither gehört Privatisierungspolitik zum Tagesgeschäft; sie ist auch erklärtes Ziel der Regierungskoalition. Die Nachdenklichkeit, die sich derzeit aber parteiübergreifend ausbreitet, betrifft nicht nur die missglückten Projekte. Sie betrifft auch die Frage, wie viel Einfluss man privaten Unternehmen zugeht.

Zudem sind die negativen Folgen wie die Belastung der öffentlichen Haushalte durch Stellenabbau oder fehlgeschlagene Projekte kaum umfassend empirisch un-

tersucht. Im Jahr 2002 zog die Weltbank eine überwiegend negative Bilanz: Danach haben Privatisierungen das Wirtschaftswachstum nicht gefördert und Unternehmen nicht effizienter gemacht. Untersucht wurden allerdings ausschließlich Länder in Afrika, Südamerika, Osteuropa und Asien.

Negativ ist auch das Fazit des Naturwissenschaftlers Ernst Ulrich von Weizsäcker, der 2005 in seinem Bericht an den Club of Rome weltweit 60 Beispiele überprüft hat: Danach sind Einzelfälle geglückt, aber die Schattenseiten des Trends überwiegen. Auch die Annahme, die Wirtschaft arbeite effizienter als der Staat, fand er nicht bestätigt. Ähnlich sieht es der Bremer Wirtschaftswissenschaftler Jörg Huffschmid: „Was die Leute bekommen, hängt immer mehr vom Geldbeutel ab, ein Teil der Bevölkerung wird ausgeschlossen vom Gebrauch öffentlicher Güter, das widerspricht ihrem Sinn.“ Einst erschwingliche Leistungen wie die Krankenversorgung seien durch die Privatisierung teurer geworden. Huffschmid fordert deshalb eine „vernünftige Ausstattung der öffentlichen Haushalte. Das einzig sichere Ergebnis von Privatisierung ist die Beförderung von Ungleichheit in der Gesellschaft“, sagt er.